



# Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen des Bundesverbandes der Tierversuchsgegner e. V.

### 1. Tierschutzrecht durchsetzen

Das EU-Tierschutzrecht muss von den Mitgliedstaaten zwar eingehalten werden, doch bisher dürfen nur Tiernutzer gegen Behördenauflagen klagen. Unterstützen Sie es, Tierschutzorganisationen zu ermöglichen, Verletzungen des Tierschutzrechts gerichtlich überprüfen zu lassen?

### Antwort:

CDU und CSU stehen in der Tierschutzpolitik für klare gesetzliche Vorgaben und Ausführungsbestimmungen sowie Kontrollen durch Behörden mit fachkundigem Personal. Bei diesen liegt ganz eindeutig die Kompetenz in Sachen Tierschutz. Die EU-Kommission hat durch entsprechende Inspektionen die Möglichkeit, das Kontrollsystem der Mitgliedstaaten zur Durchsetzung des EU-Rechts zu überprüfen und Verbesserungen anzumahnen. Wir fordern diese Inspektionen und Kontrollen von der EU-Kommission für alle Mitgliedstaaten ein. Das ist ein effektiver Weg. Deshalb sehen wir grundsätzlich keinen Bedarf für ein Verbandsklagerecht im Tierschutz. Auf Bundesebene fehlen dafür auch die Anknüpfungspunkte, da der Vollzug des Tierschutzgesetzes bei den Ländern liegt.

### 2. Agrarsubventionen umschichten

Unterstützen Sie, mit den Mitteln der Agrarsubventionen der GAP, die gezielte Förderung von Gemeinwohl-Leistungen im Sinne von Tier-, Klima-, Umwelt- und Naturschutz (z.B. Maßnahmen für Biodiversität oder Förderung des Ausstiegs aus der Tierhaltung)?





### Antwort:

Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss eine starke ökonomische Säule haben, die den Landwirten erlaubt, nachhaltiger zu wirtschaften und ein ausreichendes Einkommen zu erzielen sowie ihnen Schutz auf volatilen Märkten bietet. Die Direktzahlungen sollen eine echte Honorierung der vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft sein und stark vereinfacht werden.

## 3. Gesetz für nachhaltige Ernährungssysteme

Die EU-Kommission hat die Verabschiedung des Gesetzesvorschlags für nachhaltige Ernährungssysteme (Sustainable Food Systems Law, FSFS) als zentralen Baustein des Green Deals angekündigt. Werden Sie sich für eine Verabschiedung des FSFS einsetzen?

### Antwort:

CDU und CSU stehen zu den Zielen des Green Deal und werden weiterhin eine Führungsrolle bei seiner Umsetzung übernehmen. Eine gesunde Ernährung und eine nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln über alle Herstellungsstufen hinweg sind uns wichtige Anliegen. Wir brauchen jedoch eine Neujustierung des Green Deals und seiner Strategien mit weniger starren Vorschriften, weniger Bürokratie, mehr Anreizen und der Nutzung von Innovationen. Bürger und Betriebe müssen für die Gestaltung eines nachhaltigen Ernährungssystems mitgenommen werden. Aufklärung und Prävention sind dabei hilfreicher als Verbote.

### 4. Tierbestände abbauen

Massentierhaltung und Fleischkonsum heizen Klimawandel, Artensterben und Hunger in der Welt an und bedingen gravierende Gesundheitsprobleme. Planen Sie Förderprogramme zum Abbau von Tierbeständen, beispielsweise für den Umstieg auf den Anbau von Proteinpflanzen?





### Antwort:

CDU und CSU stehen zur Tierhaltung, die unverzichtbarer Bestandteil einer kreislauforientierten Landwirtschaft ist. Grünland und auch viele Ackerfrüchte bzw. ihre Kopplungsprodukte (z. B. Rapskuchen oder Rapsextraktionsschrot als eiweißreiche Nebenprodukte der Rapsölherstellung) sind ausschließlich oder ganz überwiegend nur über Tiere für die Lebensmittelerzeugung nutzbar. Ein Förderprogramm zum Ausstieg von Betrieben aus der Tierhaltung lehnen wir ab. Vielmehr setzen wir auf eine zukunftsweisende Weiterentwicklung der Tierhaltung mit einer verlässlichen Honorierung erhöhter Tierwohlleistungen. Gerade Weidetierhaltung ist unverzichtbar für Artenvielfalt und Biodiversität.

### 5. Pflanzliche Eiweiße als Lebensmittel

Mehr pflanzliche Eiweiße zu konsumieren, würde ein nachhaltiges Ernährungssystem ermöglichen. Unterstützen Sie den Aktionsplan für eine Steigerung der Erzeugung und des Verzehrs pflanzlicher Eiweiße, wie ihn das EP für die EU-Eiweißstrategie gefordert hatte?

### Antwort:

Wir wollen die Erzeugung von pflanzlichem Eiweiß in der EU stärken. Der Anbau von Eiweißpflanzen macht uns unabhängiger von Importen. Eiweißpflanzen gehören zu einer vollwertigen und abwechslungsreichen Ernährung und sie haben auch ackerbauliche Vorteile und lockern Fruchtfolgen auf. Deshalb setzen wir auf eine ambitionierte EU-Eiweißstrategie. Wir unterstützen eine abwechslungsreiche Ernährungsweise, in der auch pflanzliches Eiweiß seinen Platz haben soll.

### 6. Tierversuche reduzieren

Im Jahr 2019 starben in den EU-Mitgliedsstaaten fast 12 Millionen Tiere in Tierversuchen. Welche Maßnahmen wird Ihre Partei ergreifen, um die





Anerkennung von tierversuchsfreien Methoden zu beschleunigen und noch fehlende Verfahren zu entwickeln?

### Antwort:

CDU und CSU sehen in der Entwicklung, Validierung, Standardisierung und Zulassung von Alternativmethoden zu Tierversuchen den erfolgversprechendsten Weg, um die Zahl der Tierversuche zu reduzieren und gleichzeitig wissenschaftlichen Fortschritt sowie Sicherheit für Mensch und Umwelt, etwa in der Medikamentenentwicklung und beim Chemikalieneinsatz, zu gewährleisten. Wir setzen uns daher mit Nachdruck für die Förderung von Forschung, Entwicklung und Validierung auf nationaler Ebene sowie über die EU-Rahmenprogramme für Forschung und Innovation, d. h. auch im Nachfolgeprogramm von Horizon Europe nach 2027, ein. Wir begrüßen, dass die EU-Kommission die Aktivitäten der Mitgliedstaaten und nationalen Behörden koordinieren, unterstützen Umgestaltung des EU-Chemikalienrechts und auf die tierversuchsfreien Sicherheitsbewertungen hinarbeiten will.

# 7. Übergang tierversuchsfreie Wissenschaft

Um einen Übergang zu tierversuchsfreier Wissenschaft zu erreichen, müssen schnellstmöglich eine Roadmap erarbeitet und ein EU-weites Kompetenznetzwerk gegründet werden. Die EU-Kommission hat u.a. die EPAA hier beauftragt. Wie unterstützen & beschleunigen Sie?

### **Antwort:**

In der EU-Tierversuchsrichtlinie ist bereits die stetige Verringerung der für Tierversuche verwendeten Tiere verankert. Tierversuche sollen reduziert und wo möglich durch alternative Methoden ersetzt werden. Zudem sollen die Methoden so verfeinert werden, dass die Tiere möglichst wenig belastet werden. Diesem sog. 3R-Prinzip (Replacement, Reduction, Refinement) hat sich auch die Europäische Partnerschaft für alternative Ansätze für Tierversuche (EPAA) verschrieben. Wir begrüßen die Arbeit der EPAA und alle Maßnahmen, die die Reduzierung von





Tierversuchen in Forschung und Bildung, z. B. durch entsprechende Netzwerke und Ausbildungsinitiativen für Wissenschaftler, beschleunigen. Gleichwohl ist es seriös nicht möglich, einen genauen Fahrplan bzw. Endpunkt für Tierversuche in der wissenschaftlichen Forschung zu bestimmen, da diese sehr vielgestaltig und auf ganz neue Erkenntnisse ausgerichtet ist. Das hat auch die Prüfung der EU-Kommission im Rahmen der Beantwortung der europäischen Bürgerinitiative für die tierversuchsfreie Kosmetik ergeben.

### 8. Verbot schwerbelastender Tierversuche

Tierversuche der Kategorie schwer dürfen n. Art.55 Absatz3 der EU-Tierversuchs RiLi nur in Ausnahmefällen genehmigt werden. In der Realität werden sie jedoch in größerem Maßstab durchgeführt. Verfolgt Ihre Partei ein Verbot dieser schwerbelastenden Tierversuche?

### Antwort:

Die EU-Tierversuchsrichtlinie verbietet Tierversuche grundsätzlich, wenn sie starke Schmerzen, schwere Leiden oder schwere Ängste verursachen. Die Verwendung eines derartigen Verfahrens darf nur ausnahmsweise genehmigt werden, wenn dies aus wissenschaftlichen Gründen unerlässlich ist und die erwarteten Ergebnisse für die Erkenntnisgewinnung von herausragender Bedeutung sind. Jedes Versuchsvorhaben muss von der zuständigen Genehmigungsbehörde auf ethische Vertretbarkeit und Möglichkeiten, die Belastung der Tiere zu verringern, überprüft werden. Diese Regelungen sollen sicherstellen, dass schwer belastende Tierversuche nur dann durchgeführt werden, wenn es gar keine Alternative gibt und es um sehr wichtige Erkenntnisse geht. CDU und CSU setzen sich dafür ein, dass die EU-Kommission die schwer belastenden Versuche bei der Überprüfung der Richtlinie auf Wirksamkeit und Änderungsbedarf besonders in den Blick nimmt.





# Antworten der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU) auf die Fragen von Eurogroup for Animals

1. Die EU-Tierschutzgesetzgebung ist stark veraltet und die Mitgliedstaaten haben sehr unterschiedliche Rechtslagen. Werden Sie sich für eine Überarbeitung der EU-Tierschutzgesetzgebung mit höheren Standards für Haltung und Schlachtung sowie für eine Kennzeichnung tierischer Produkte einsetzen?

### Antwort:

Tierschutz ist unteilbar. Wir wollen den Tierschutz in Europa mit einheitlichen, hohen Tierschutzstandards weiterentwickeln. Nur so kann es zu tatsächlichen Verbesserungen des Tierschutzes kommen und nicht nur zu einer Verlagerung von Tierschutzproblemen in andere Länder. Zudem treten wir für eine umfassende Tierwohl- und Herkunftskennzeichnung von tierischen Lebensmitteln ein.

2. Aktuell arbeitet das Europäische Parlament an einer Überarbeitung der Tiertransportverordnung. Werden Sie ein Verbot von Lebendtierexporten in außereuropäische Drittstaaten einbringen und sich für strengere Regeln für Schiffstransporte und eine Verkürzung der Transportzeiten einsetzen?

### Antwort:

Unser Ziel ist, dass möglichst wenig und kurze Tiertransporte stattfinden. Wir arbeiten darauf hin, dass vor allem Fleisch statt lebender Tiere und Zuchtmaterial statt Zuchtvieh transportiert wird. Deshalb setzen sich CDU- und CSU-geführte Bundesländer beispielsweise für den Erhalt kleinerer, regionaler Schlachthöfe und die Erleichterung der mobilen Schlachtung ein. Gleichzeitig brauchen wir wirkungsvollere Verbesserungen beim Transport von Tieren. Das gilt in besonderer Weise für lange





Fahrten in Nicht-EU-Länder, die vor allem Zuchtrinder betreffen. Sie müssen effektiv vor überlangen Transportzeiten, Kälte- und Hitzestress, Verletzungen und Leiden geschützt sein. Wir begrüßen, dass die EU-Kommission dazu nun einen Vorschlag vorgelegt hat, der bessere Transportbedingungen als auch effektivere, z. T. digitale Kontrollen und Fahrzeugortungen selbst in Drittstaaten vorsieht. Wir werden im parlamentarischen Verfahren intensiv prüfen, ob und wie wirksam und praxistauglich die Maßnahmen sind.

3. 1,4 Mio. Menschen haben in der Europäischen Bürgerinitiative "End the Cage Age" eine Beendigung der Käfighaltung gefordert. In Europa ist das, insbesondere für Legehennen und Sauen, noch immer gängige Praxis. Werden Sie sich für eine Abschaffung der Käfighaltung in Europa einsetzen?

### Antwort:

Die große Resonanz auf die Bürgerinitiative zeigt, wie wichtig das Thema den Europäerinnen und Europäern ist. CDU und CSU halten eine einheitliche, europäische Regelung für unerlässlich, denn Tierschutz macht nicht an Ländergrenzen halt. Noch fehlt es an Einheitlichkeit. Während in Deutschland beispielsweise die Käfighaltung bei Legehennen bereits verboten ist, ist sie in anderen europäischen Staaten weiterhin gängige Praxis.

Ein Wandel des Systems gelingt nur gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern. Sie brauchen vernünftige Übergangszeiten und Unterstützung.

Zu klären ist auch der Umgang mit Drittlandimporten. Strengere EU-Regelungen haben keinen Nutzen, wenn stattdessen Billigprodukte aus Käfighaltung weiterhin importiert werden. Importe müssen deshalb unseren Standards entsprechen, zumindest brauchen wir eine transparente Kennzeichnungspflicht der Herkunft und der Ursprungsform in verarbeiteten Lebensmitteln, die dem Verbraucher eine klare Information geben.





4. Noch immer sind grausame Betäubungsmethoden wie CO<sub>2</sub>-Betäubung bei Schweinen und elektrische Wasserbadbetäubung bei Geflügel gängige Praxis. Werden Sie sich für humanere Methoden bei der Schlachtung einsetzen?

### Antwort:

Ziel von CDU und CSU sind weitere Fortschritte des Tierschutzes beim Schlachten. Unser Maßstab ist, dass Tiere so geschlachtet werden, dass bei ihnen nicht mehr als ganz unvermeidbare Aufregung, Schmerzen, Leiden oder Schäden verursacht werden. Sie müssen so betäubt werden, dass sie schnell und unter Vermeidung von Schmerzen oder Leiden in einen bis zum Tod anhaltenden Zustand der Empfindungsund Wahrnehmungsunfähigkeit versetzt werden. Unter dieser Voraussetzung sind die genannten Methoden zugelassen. Trotzdem ist es problematisch, dass die Tiere z. B. bei der CO<sub>2</sub>-Betäubung rund 15 Sekunden Atemnot haben. CDU und CSU setzen sich dafür ein, Alternativen zur CO<sub>2</sub>-- und zur Wasserbadbetäubung zu finden. Wir sprechen uns für mehr Forschung in dem Bereich aus. Wir wollen, dass möglichst schnell praxistaugliche Verbesserungen erwirkt werden können.

5. Aktuell fällt Tierschutz in die Zuständigkeit der Kommissarin für Gesundheit. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es einen expliziten EU-Kommissar:in für Tierschutz gibt?

### Antwort:

Für uns ist nicht entscheidend, ob es einen speziellen Kommissar für Tierschutz gibt, denn Tierschutz muss sich durch alle entsprechenden Bereiche ziehen: Landwirtschaft, Forschung sowie Handel und Haltung von Heimtieren.

6. Aktuell werden Fische und Wassertiere in Aquakultur nicht durch EU-Gesetze geschützt. Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Vorschriften zur Haltung





und Schlachtung von Tieren auch für Fische und Wassertiere aus Aquakultur gelten?

### Antwort:

Die EU-Gesetzgebung enthält nur allg. Vorschriften. Die nationale Gesetzgebung hingegen umfasst deutlich konkretere Anforderungen für Wassertiere an Haltung und Durchführung der Betäubung, Schlachtung oder Tötung von Fischen, Krebstieren und bestimmten Weichtieren. Wir setzen uns für eine weitergehende Harmonisierung von Tierschutzvorschriften auf EU-Ebene ein und befürworten auch die Prüfung eines allgemeinen europäischen Tierschutzrechtes, das alle Tiere miteinschließt.

7. Noch immer werden viel zu viele Wildtiere als Heimtiere in die EU eingeführt, die nicht unter artgerechten Bedingungen gehalten werden können. Werden Sie sich für die Einführung einer EU-weiten Positivliste für Heimtiere einsetzen, die bestimmt, welche Tiere gehalten und gehandelt werden dürfen?

### Antwort:

Eine Positivliste führt nicht automatisch zu mehr Tierwohl und ist mit komplexen fachlichen und rechtlichen Fragen verbunden. Für jede nicht auf der Liste aufgeführte Tierart müsste die Erforderlichkeit des Verbots belegt werden. Die wissenschaftlichen Daten dazu sind kaum valide zu erheben. Hinzu kommen die unterschiedlichen Situationen in den Mitgliedstaaten der EU. Die Meinungen der Mitgliedstaaten gehen auseinander.

Tierschutzprobleme können sowohl bei der Haltung von verbreiteten wie auch von seltenen oder exotischen Tieren auftreten - entscheidend ist die Kenntnis der Tierhalter. Deshalb können auch andere Maßnahmen, wie Sachkundenachweise, deutliche Verbesserungen bringen.





Im Aktionsplan der EU zur Bekämpfung des illegalen Artenhandels ist eine Machbarkeitsstudie zur Positivliste vorgesehen. Wenn die Kommission darauf basierend einen Vorschlag vorlegt, werden wir diesen sachorientiert in Bezug auf die EU-weite Durchsetzung und die tatsächlichen Verbesserungspotentiale für den Tierschutz prüfen.

8. Um illegalem Welpenhandel vorzubeugen und um verlorene Haustiere wieder zu ihren Menschen zurückzubringen, ist eine EU-weite Verpflichtung zur Kennzeichnung und Registrierung von Katzen und Hunden notwendig. Werden Sie sich dafür einsetzen?

### Antwort:

Der im Dezember 2023 vorgelegte Vorschlag der EU-Kommission zum Schutz von Heimtieren sieht vor, dass Hunde und Katzen mit einem Mikrochip versehen und registriert werden müssen, bevor sie in der EU verkauft werden. Dies ist eine von mehreren Maßnahmen gegen den illegalen Heimtierhandel. Wir begrüßen den Vorschlag der EU-Kommission, der im Wesentlichen auf die Initiative von Abgeordneten von CDU und CSU im Europaparlament zurückgeht. Wir werden prüfen, wie die einzelnen Maßnahmen, auch die Registrierungspflicht, umgesetzt werden können.